

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU-Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo (EULEX KOSOVO); Fortsetzung der Entsendung von bis zu zehn Polizistinnen und Polizisten und von bis zu drei Angehörigen des Bundesministeriums für Justiz bis 31. Dezember 2021**

#### **I. Völkerrechtliche Grundlagen**

Mit Resolution 1244 (1999) schuf der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) die rechtliche Grundlage zur Errichtung von internationalen Zivil- und Sicherheitspräsenzen unter der Ägide der VN im Kosovo. Der Generalsekretär der VN wurde vom Sicherheitsrat ermächtigt, mit Hilfe der in Frage kommenden internationalen Organisationen eine internationale zivile Präsenz im Kosovo einzurichten. Dies erfolgte 1999 durch die Schaffung der „United Nations Interim Administration Mission in Kosovo“ (UNMIK).

Der Generalsekretär der VN trat 2005 an die Europäische Union (EU) mit der Absicht heran, die Aufgaben von UNMIK in den Bereichen Polizei und Justiz nach erfolgter Klärung des Status des Kosovo an die EU zu übergeben.

Der Europäische Rat erklärte in seiner Tagung am 14. Dezember 2007 die Bereitschaft der EU, eine führende Rolle bei der Stabilisierung der Region im Einklang mit deren europäischer Perspektive zu übernehmen. Er erklärte, dass die EU bereit sei, dem Kosovo auf dem Weg zu dauerhafter Stabilität zu helfen, unter anderem durch eine Mission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP; nunmehr Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, GSVP).

Das Parlament des Kosovo erklärte am 17. Februar 2008 die Unabhängigkeit der Republik Kosovo. In dieser Unabhängigkeitserklärung wird die EU ausdrücklich zur Errichtung einer Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo eingeladen.

Mit der Gemeinsamen Aktion vom 4. Februar 2008 (Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP des Rates über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX KOSOVO; ABl. Nr. L 42 vom 16. Februar 2008 S. 92) beschloss der Rat der EU die Errichtung einer Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo, EULEX KOSOVO.

Für die EU-Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo wurde in der Gemeinsamen Aktion eine Laufzeit von 28 Monaten ab der Annahme des Operationsplans (OPLAN) festgelegt. Dieser wurde am 16. Februar 2008 vom Rat angenommen, wodurch sich zunächst eine Befristung von EULEX KOSOVO bis Mitte Juni 2010 ergab. Das Mandat der Mission wurde seither wiederholt verlängert, zuletzt am 11. Juni 2020 (Beschluss 2020/792/GASP des Rates; ABl. Nr. L 193 vom 17. Juni 2020 S. 9) und läuft nun bis zum 14. Juni 2021. Von einer weiteren Verlängerung ist nach derzeitigem Stand auszugehen.

Die völkerrechtliche Grundlage von EULEX KOSOVO ist gemäß der Gemeinsamen Aktion die Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der VN.

## **II. Aufgaben und Umfang der Mission**

EULEX KOSOVO hat, im Einklang mit dem am 2. Februar 2007 vom VN-Sondergesandten für den Kosovo, dem ehemaligen finnischen Staatspräsidenten Martti Ahtisaari, vorgelegten Plan für die künftige Entwicklung des Kosovo („Ahtisaari-Plan“), nach einem längeren Übergabeprozess am 9. Dezember 2008 von UNMIK die Aufgaben im Bereich Rechtsstaatlichkeit übernommen. Hauptaufgabe war die Unterstützung der kosovarischen Behörden beim Aufbau eines modernen, internationalen Standards entsprechenden Polizei-, Justiz- und Zollwesens. Darüber hinaus verfügte die Mission auch über begrenzte exekutive Zuständigkeiten, so zum Beispiel bei der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, der Verfolgung von Kriegsverbrechen und interethnischen Gewalttaten, sowie der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Falle von Unruhen.

Mit Beschluss vom 8. Juni 2018 (Beschluss 2018/856/GASP des Rates; ABl. Nr. L 146 vom 11. Juni 2018 S. 5) und im Einklang mit einer langfristigen Exit Strategy wurden die Aufgaben der Mission reduziert. Die Mission wird unter anderem das Monitoring von ausgewählten Fällen und Gerichtsverfahren in den Straf- und Zivilrechtsinstitutionen, die Beratung und Beobachtung von Justizvollzugsbehörden, die operative Unterstützung für den von der EU geförderten Dialog zwischen Belgrad und Pristina, die Beobachtung, Anleitung und Beratung des Justizvollzugsdiensts des Kosovo und bestimmte begrenzte Exekutivbefugnisse im gerichtsmmedizinischen und polizeilichen Bereich, wahrnehmen.

### **III. Österreichische Teilnahme**

Die Bundesregierung hat zuletzt am 27. November 2019 (sh. Pkt. 13 des Beschl.Prot. Nr. 21) die Fortsetzung der Entsendung von bis zu 10 Polizistinnen und Polizisten und von bis zu drei Angehörigen des Bundesministeriums für Justiz bis 31. Dezember 2020 beschlossen. Der Hauptausschuss des Nationalrates hat hierzu am 17. Dezember 2019 das Einvernehmen erklärt. Im Moment werden keine Angehörigen des Bundesministeriums für Justiz entsandt.

Im Hinblick auf die hohe Bedeutung der Herstellung von Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit im Kosovo für die Stabilität in der Region und für die Sicherheit Österreichs liegt die Fortsetzung der Entsendung von bis zu zehn Polizistinnen und Polizisten und von bis zu drei Angehörigen des Bundesministeriums für Justiz (einschließlich allfälliger Überschneidungen) im Rahmen von EULEX KOSOVO bis 31. Dezember 2021 im besonderen österreichischen Interesse.

Hinsichtlich ihrer Verwendung im Ausland haben die österreichischen Missionsteilnehmerinnen und Missionsteilnehmer die Weisungen der Kommandantin oder des Kommandanten von EULEX KOSOVO im Rahmen des Mandates der Mission zu befolgen. Die vom Bundesministerium für Inneres entsandten Polizistinnen und Polizisten sind zu einer Einheit zusammengefasst und unterstehen einer oder einem von diesem Ressort ernannten Kontingentskommandantin oder Kontingentskommandanten.

Im Zuge der Tätigkeit bei EULEX KOSOVO können fallweise auch Aufenthalte von Missionsangehörigen in EU-Mitgliedstaaten, z.B. im Rahmen von Dienstbesprechungen oder zu Ausbildungszwecken, möglich sein.

### **IV. Aufwendungen**

Die Kosten der Entsendung von bis zu 10 Polizistinnen und Polizisten zu EULEX KOSOVO werden voraussichtlich rund 4.400 Euro pro Person und Monat (Personalkosten einschließlich Auslandszulagen, Reise- und Ausrüstungskosten, jedoch ohne Inlandsgehälter) betragen. Die anfallenden Ausgaben werden aus Budgetmitteln des Bundesministeriums für Inneres bedeckt.

Die Kosten der Entsendung von bis zu drei Angehörigen des Bundesministeriums für Justiz (einschließlich allfälliger Überschneidungen) zu EULEX KOSOVO werden voraussichtlich rund 4.400 Euro pro Person und Monat (Personalkosten einschließlich Auslandszulagen,

Reise- und Ausrüstungskosten, jedoch ohne Inlandsgehälter) betragen. Die anfallenden Ausgaben werden aus Budgetmitteln des Bundesministeriums für Justiz bedeckt.

## **V. Verfassungsrechtliche Grundlage**

Die verfassungsrechtliche Grundlage für diese Entsendung ist § 1 Z 1 lit. a iVm § 2 Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland (KSE-BVG), BGBl. I Nr. 38/1997 idgF.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Inneres und der Bundesministerin für Justiz stelle ich daher den

### **Antrag,**

die Bundesregierung wolle

1. beschließen, gemäß § 1 Z 1 lit. a KSE-BVG die Entsendung von bis zu zehn Polizistinnen und Polizisten und von bis zu drei Angehörigen des Bundesministeriums für Justiz (einschließlich allfälliger Überschneidungen) im Rahmen von EULEX KOSOVO bis 31. Dezember 2021 fortzusetzen, bei einem vorherigen Ende des Mandates der Mission jedoch nur bis zu diesem Zeitpunkt, wobei auch aufgabenbezogene Aufenthalte in EU-Mitgliedstaaten möglich sind,
2. mich ermächtigen, hinsichtlich der Fortsetzung dieser Entsendungen das Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrates gemäß § 2 Abs. 1 KSE-BVG herzustellen,
3. beschließen, dass die gemäß Pkt. 1 entsendeten Polizistinnen und Polizisten gemäß § 4 Abs. 5 KSE-BVG weiterhin zu einer Einheit zusammengefasst werden, und
4. gemäß § 4 Abs. 3 letzter Satz KSE-BVG bestimmen, dass die entsendeten Personen hinsichtlich ihrer Verwendung im Ausland weiterhin die Weisungen der Leiterin oder des Leiters von EULEX KOSOVO im Rahmen des Mandates der Mission zu befolgen haben.

5. November 2020

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M  
Bundesminister